
Rentner wehren sich gegen Kassenbeiträge auf ihr Erspartes

Millionen Rentner fühlen sich betrogen. Denn bei Auszahlung ihrer Direktversicherung geht rund ein Fünftel für Kassenbeiträge ab, obwohl davon bei Vertragsabschluss keine Rede war. Zwar werden sie jetzt etwas entlastet. Das reicht ihnen aber nicht.

VON JÜRGEN BECKER

CHEMNITZ - Reiner Korth ist verärgert. Der IT-Ingenieur aus dem Emsland hatte fürs Alter vorsorgen wollen und deshalb mit Anfang 30 über seinen Arbeitgeber eine Direktversicherung abgeschlossen. Zuschüsse von seinem Chef gab es dafür nicht. Die Versicherungsprämien wurden von seinem Gehalt einbehalten und an den Versicherer überwiesen. Mit 62 war die Kapitallebensversicherung dann fällig. Darauf muss Korth nun den vollen Beitrag an die Kranken- und Pflegeversicherung abführen – also den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil. Rund 20 Prozent des Ersparten sind dadurch weg. „Und das, obwohl ich diese Sozialbeiträge auf die Versicherungsprämien schon einmal in der Ansparphase gezahlt habe“, sagt der heute 67-Jährige. Experten nennen das Doppelverbeitragung.

So wie Korth geht es Zehntausenden. Auch für viele Sachsen kommt die nachträgliche Zahlungsaufforderung der Sozialkassen überraschend. Denn über den nachträglichen Eingriff in ihre Verträge durch das „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenkassen“, das 2004 in Kraft trat, hatte sie niemand informiert. Die rot-grüne Bundesregierung hatte diese Gesetzesänderung damals mit Zustimmung der CDU beschlossen, um die klammen Krankenkassen zu sanieren. Aus Lebensversicherten, deren Policen über Arbeitgeber liefen, wurden dadurch quasi über Nacht Betriebsrentner – und zwar sogar rückwirkend für schon vorher abgeschlossene Verträge.

Bei vielen Betroffenen hat der Arbeitgeber zwar zumindest einen Anteil an der Prämienzahlung übernommen – manchmal sogar die komplette. Oder die Überweisung an den Lebensversicherer ging wenigstens vom Bruttolohn ab. Doch vorher war die Ein-

malauszahlung der Direktversicherung grundsätzlich sozialabgabenfrei. Für Betriebsrenten galt nur der halbe Beitragssatz. Damit hatte der Staat sogar für diese Altersvorsorge geworben. Durch die Gesetzesänderung müssen nun aber 6,5 Millionen Deutsche mit acht Millionen Verträgen mit den vollen Abzügen rechnen. Davon geht zumindest der Verein der Direktversicherungsgeschädigten (DVG) aus. Korth ist dessen stellvertretender Vorsitzender.

„Die Politiker glauben vielleicht, wir seien alt und würden uns nicht weiter wehren, aber wir werden weiter kämpfen.“

Der DVG wurde 2015 aus der Taufe gehoben. Heute hat dieser Verein 3700 Mitglieder – und selbst seit der Einführung eines Freibetrages zum 1. Januar 2020, der die Betroffenen um etwa 1,2 Milliarden Euro entlasten soll, bei dessen Umsetzung es aber nach wie vor hakt, werden es Monat für Monat mehr. „Wir fordern den sofortigen Stopp der Verbeitragung für alle vor 2004 abgeschlossenen Direktversicherungsverträge und die Rückerstattung schon gezahlter Beiträge“, sagt Korth bei einem DVG-Regionalgruppentreffen in Chemnitz. Mehr als 100 Senioren applaudieren. „Die Politiker glauben vielleicht, wir seien alt und würden uns nicht weiter wehren, aber wir werden weiter kämpfen.“

Auch Jürgen Heinzmann aus Wilsdruff gehört zu denen, die nicht klein beigegeben werden. „Wir sind bestohlen worden“, sagt der über 70-jährige Sprecher der sächsischen DVG-Gruppe. Ihn hat es dreimal getroffen, weil er als Selbstständiger für sich gleich drei Policen abgeschlossen hatte, die erste wie viele in den neuen Bundesländern schon Anfang der 90er-Jahre. Heute ärgert sich der Rentner, dass er freiwillig aus Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung geblieben ist. Denn Privatversicherte trifft das GKV-Gesundheitsmodernisierungsgesetz aus dem Jahr 2004 nicht: Sie müssen keine Kassenbeiträge auf ihre ausgezahlte Direktversicherung abführen.

Am Anfang hatten die Rentner noch viele Briefe geschrieben. Inzwischen suchen sie vor allem das direkte Gespräch. Bundessozialminister Hubertus Heil von der SPD habe auf eine DVG-Terminanfrage allerdings ausrichten lassen, alle Argumente seien bereits ausgetauscht, berichtet DVG-Vize Korth. „Auf die zweite Antwort von der CDU-Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer warten wir noch heute“, sagt auch Heinzmann – und verweist mit bitterem Unterton auf einen CDU-Parteitagsbeschluss aus dem Jahr 2018. Darin fordert die CDU eine Reform der Sozialabgaben. „Es soll künftig sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer oder Selbstständige, die Entgeltumwandlung zur privaten Altersvorsorge nutzen, nicht doppelt belastet werden“, heißt es in dem Papier wörtlich. „Dieser Beschluss ist aber bis heute nicht angegangen worden, obwohl die Parteivorsitzende immer wieder betont, dass Parteitagsbeschlüsse für sie bindend

sind.“ Gelächter im Saal. „Wer Vertrauen verspielt, kann nicht mehr gewählt werden.“ Die Rentner klatschen.

Zwar hatte der Bundesrat die Bundesregierung schon einmal aufgefordert, zu prüfen, ob die Krankenversicherungsbeiträge in der Auszahlungsphase halbiert werden können. Das ging auf eine Initiative Bayerns zurück. Beschlossen wurde letztlich aber lediglich die Einführung eines Freibetrages. CDU und SPD bremsten.

Der Chemnitzer Rentner Werner Partschefeld, Sprecher der DVG-Regionalgruppe Süd-Sachsen/Chemnitz, will das nicht hinnehmen. Er versucht jetzt parteiübergreifend Landespolitiker dafür zu gewinnen, gemeinsam Lösungsvorschläge zu entwickeln, die an den Bundestag weitergereicht werden sollen. Über die sächsische Landesregierung wollen die Betroffenen zusätzlich Druck machen. Die sächsische Landtagsabgeordnete Hanka Kliese (SPD) spricht von „Unrecht, das den Betroffenen objektiv widerfährt“, und will diese Initiative unterstützen. Die Linke will zudem im Landtag einen Antrag einreichen, mit dem der Ministerpräsident aufgefordert werden soll, sich im Bundesrat für eine Halbierung der Beiträge einzusetzen. „Dieser Antrag entfacht zumindest eine Debatte“, sagt Linke-Landesvorsitzende Susanne Schaper. „Vielleicht hilft das ja.“

Bild:

Reiner Korth

Vize-Bundesvorsitzender DVG

„Die Politiker glauben vielleicht, wir seien alt und würden uns nicht weiter wehren, aber wir werden weiter kämpfen.“

Bildtext: Böse erwacht: Auch der Chemnitzer Werner Partschefeld fiel aus allen Wolken, als ihn der Beitragsbescheid der Krankenkasse ereilte. FOTO: UWE MANN